

los zu sein in glücklicher Ehe ein Kind gezeugt hätte? Und doch wären sie in diesem Fall weit mehr *geschädigt* als durch die Nachlasssteuer, selbst in der oben angenommenen Höhe. Dass dabei von einer Untergrabung wirtschaftlicher Existenzen, von einer Schwächung des Familiensinns gesprochen werden kann, ist doch gänzlich ausgeschlossen. Und wenn Kinder vorhanden sind, dürften diese in Deutschland, das voll Stolz auf Frankreich mit seiner allgemein üblichen Beschränkung der Kinderzahl zu blicken liebt, sich beschwert fühlen, wenn die Geschwisterzahl um ein Haupt vermehrt würde? Und doch würden sie dadurch in höherem Grad *geschädigt* als durch unsere Nachlasssteuer, wenn nicht gerade ihr Familiensinn es durchzusetzen gewusst hätte, dass etwa das Letztgeborene auf Pflichtteil gesetzt werde.

Gewissen Härten kann man wie bei jeder andern Normierung der Sätze begegnen. So durch Freilassen eines bestimmten mässigen Grundbetrags bei jedem Nachlass, durch Festsetzung der Hälfte des Satzes für einen noch höhern Betrag, durch Zahlungsaufschub und Ratenzahlung für den Fall, dass ein erheblicher Betrag des Vermögens nicht flüssig sondern in einem Betrieb festgelegt ist usw. Auch die besondere Natur der Festsetzung in unserm Fall erlaubt Milderungen, zum Beispiel doppelte Anrechnung von Kindern unter einem bestimmten Alter. Eine Berücksichtigung des Verwandtschaftsgrades der vorhandenen Erben, soweit es sich nicht um Ehegatten und Kinder handelt, sowie der Höhe des dem einzelnen zufallenden Erteils erübrigt sich bei einer Nachlasssteuer; sie ist Aufgabe der Erbanfallsteuergesetzgebung, die hier den einzelnen Bundesstaaten vorbehalten gedacht wurde.

XX

JOHANN LEIMPETERS · DER KAMPF IN MANSFELD



MANSFELD, in der politischen wie in der ökonomischen Geschichte ein bekannter und bedeutender Name, wird nunmehr auch in der Geschichte der Arbeiterkämpfe Deutschlands einen besonderen Platz einnehmen. Denn das, was sich jetzt in 6 Wochen des Kampfes in der alten Grafschaft abgespielt hat, ist für die ganze deutsche Arbeiterbewegung ein wichtiges Ereignis, weil hier zum erstenmal seit Bestehen einer Bergarbeiterorganisation, wenn nicht überhaupt zum erstenmal, *reichstreue* Bergleute in einen erbitterten Streik für Anerkennung und Duldung einer Organisation eingetreten sind, deren Feinde sie bis dahin gewesen waren. *Reichstreue* Knappen, Gegner der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, die im Kampf gegen den *Umsturz* bisher als sicheres *Bollwerk* gestanden haben, an deren *Zuverlässigkeit* kein Werksbeamter zweifelte, die stets antisozialistisch gewählt und noch bei der letzten Reichstagswahl /1907/ der Reichsparteiler Dr. Arendt mit fast 26 000 gegen 8384 sozialdemokratische Stimmen in den Reichstag geschickt haben, standen über 6 Wochen im Kampf für Anerkennung einer *sozialdemokratischen* Gewerkschaft. Diese Tatsache allein schon gibt diesem Streik seine ausserordentlich hohe Bedeutung und offenbart eine im Gewerkschaftsleben neue, ungeahnte, für beide Parteien des Kampfs geradezu überraschende Erscheinung. Der Glaube an die Treue und Zuverlässigkeit *reichstreuer* Gewerkschaften ist so vollständig zerstört, dass selbst die Unternehmer, die sich hinter *gelben* Gewerkschaften gegen den Ansturm der modernen Ar-

beiterbewegung verschanzen zu können glauben, einsehen müssen, dass sie wohl Gesinnungslumpen drillen, aber Arbeitern eine wirkliche Überzeugung nicht aufdrängen können, und dass *reichstreue* und *gelbe* Gewerkschaften viel weniger Garantie vor einem Streik bieten als ein Tarifabschluss mit einer anerkannten Organisation.

Dass die Mansfelder Knappen erst so spät zum Erwachen gekommen sind, liegt an den eigenartigen Verhältnissen und der geschichtlichen Entwicklung des Kupferschieferbergbaus, und hätte man diesen armen Leuten nicht gar so brutal mit dem Gesetzesknüttel auf den Magen geschlagen, es wäre auch jetzt noch nicht zum Ausstand gekommen. Doch wenn bei allem Schinden und Schuffen nicht so viel verdient wird, dass es zum Notwendigsten langt, wenn trotz täglicher harter Arbeit die Familien hungern müssen, dann werden selbst gutgesinnte Köpfe rebellisch. Wer da von *Aufwiegelung* und *Verhetzung* spricht, kennt entweder die Dinge nicht, oder er redet wider besseres Wissen. Solche Kämpfe wie der Mansfelder Bergarbeiterstreik werden nicht auf Kommando heraufbeschworen, können nicht *gemacht* werden; sie haben ihre Ursache in den Verhältnissen selber und entbrennen, wenn nur der äussere Anstoss gegeben ist.

Der Mansfelder Bergbau schaut auf eine mehr als 700jährige Vergangenheit zurück. Er befand sich jahrhundertlang im Besitz der Grafen von Mansfeld. In einem Familienbeschluss vom Jahr 1443 heisst es, dass die Grafen der Burg Mansfeld die Städte Eisleben und Hettstedt und »das Bergwerk insgesamt und ungesondert« besitzen sollen, und dass »zu ewigen Zeiten« keiner von ihnen seinen Anteil daran an einen Fremden, Fürsten oder Herrn verkaufen, versetzen oder verpfänden dürfte. Die für ewige Zeiten bestimmte Bergherrlichkeit der Grafen von Mansfeld hat nicht ewig gedauert, wie auch die der heutigen Kapitalisten und Generaldirektoren nicht ewig dauern wird. Aber das Bergwerk, »womit Gott der Allmächtige die löbliche Grafschaft Mansfeld unter anderen Wohltaten so reichlich gesegnet« hatte, bildete lange Zeit eine ergiebige Einnahmequelle für die Grafen, die ihnen schliesslich zum Verhängnis geworden ist, weil sie einen prunkvollen Aufwand trieben, der weit über ihre Einnahmen hinausging, dann ihren Bergleuten den Lohn nicht zahlten, so dass es unter ihrer Herrschaft zu mehrfachen Ausständen gekommen ist. Wie Spangenberg in der Mansfelder Chronik erzählt, fand man 1556 am Holzhause auf dem Mansfelder Berg einen Absagebrief der Bergleute an den Grafen angeschlagen, in dem dem Grafen mit Rauben und Brennen »gedräuet« ward, wenn er ihnen ihren vollen Lohn nicht bald bezahlen würde. Es kam denn auch zum Ausstand, aber »viele frumbe Bergkleute« hatten an solchem Fürnehmen keinen Gefallen, da sie glaubten, dass das nicht der rechte Weg sei »ausständige Gebühren zu suchen«. Streikbrecher hiessen damals *frumbe Bergkleute*, diejenigen, die für Lohn und Recht kämpften, *böse Buben*, und die Grafen, die ihren Arbeitern Lohn und Brot vorenthielten, *edele Herren*. Ein Jahr später, 1557, jedoch, sagt Spangenberg, »stunden die Bergkleute auff, liessen die Arbeit stehen und wollten kurzumb bezalet sein, dreweten auch den andern, so an die Arbeit gingen, den Hals entzwey zu schlagen«. Durch das Nichtbezahlen der Knappen und das mehrfache »Aufstehen« des »Bergkvolks« ist »das ganze Bergkwerck caduc worden«, und die gräfliche Bergherrlichkeit zu Ende gegangen.

Von den Grafen von Mansfeld ging das Besitzer- und Verleihungsrecht zunächst an die Stadt Nürnberg, dann an Leipzig und später an die heutige Kuxengesell-

schaft der *Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft* über, deren Anlagenkapital am 31. Dezember 1908 58 833 269,45 Mark betrug; die Zahl der Arbeiter, ausschliesslich der Steinkohlengrube *Mansfeld* in Westfalen, ist auf 21 254 angewachsen, und die Gewerkschaft gehört heute mit zu den bedeutendsten Bergwerksgesellschaften Deutschlands. Doch das Los der Knappen ist unverändert ein recht trauriges geblieben. Denn von der gräflichen Hörigkeit gingen sie in die Hörigkeit der Gewerkschaft über, die sie auch dauernd darin zu halten versucht, und dies durch Scheinwohltaten und geistige Verkrüppelung auch eine lange Zeit hindurch fertig gebracht hat. Durch Gewährung von Darlehen zum Bau eines Häuschens machte die Gewerkschaft *ihre Arbeiter bodenständig*, schmiedete sie aber damit förmlich an das Werk: Das Häuschen hat ohne Arbeit für den Besitzer keinen Wert, und Arbeit gibt es nur bei der Mansfelder Gewerkschaft. Die gewährten Darlehen werden in Monatsraten von 6 Mark vom Lohn abgezahlt, wofür die Familie sich um so mehr einschränken muss. Und ist schliesslich die ganze Summe abgetragen und herausgehungert, hat der Mann den Schweiss langer Arbeitszeit in dem Häuschen stecken, dann möchte er es nicht gern mehr verlieren. Er erträgt lieber jede Form der Unterwürfigkeit. Für die auswärts Wohnenden, die des Abends nicht nach Hause können, sind gewerkschaftliche Schlafhäuser errichtet, in denen sie billig wohnen und essen können, genau wie in Saarabien. Zu diesen *Wohltaten* schuf man 1891 noch die *reichstreu* Knappenvereine und zwang die Arbeiter zur Mitgliedschaft, indem man diejenigen im Arbeitsverhältnis bevorzugte, die sich als eifrige Mitglieder betätigten, während die benachteiligt wurden, die nicht Mitglieder werden wollten. Diese Vereine wurden von der Gewerkschaft subventioniert, die Beamten spielten in ihnen die erste Rolle und hielten dort Reden gegen den *Umsurz*. Nebenbei gab es Festlichkeiten mit *reichstreuem* Freibier, *reichstreu* *Tänzen*. Kurz, der alte Grundsatz *Panem et circenses*. Und so bildete Mansfeld mitten in Deutschland eine Insel, an deren Ufern die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Agitationswogen brandeten und zerschellten. Erst der Kampf, der sich jetzt dort abgespielt, hat gleich einer Springflut die Dämme der Insel eingerissen, so dass der Geist der modernen Arbeiterbewegung in Mansfeld seinen Einzug halten konnte. In Trümmern liegt das *sichere und feste Bollwerk* der Mansfelder Knappentreue.

Das strenge Regiment unter dem neuen Generaldirektor Herrn Vogelsang, die gesteigerte Arbeitsleistung bei gleichzeitiger Lohnreduzierung brachte die Bergleute von selbst zum Aufwachen und zum Nachdenken. Der Durchschnittslohn sank von 3,57 Mark im Jahr 1907 auf 3,26 Mark im Jahr 1908, die Gesamtlohnsomme um 894 101,37 Mark, obwohl die Belegschaft noch um 229 Mann zugenommen hatte. Diese Zahlen lösen ohne weiteres das Rätsel, warum die Mansfelder Bergarbeiter unzufrieden wurden und sich in Massen dem Bergarbeiterverband anschlossen, den sie früher auf Befehl der Werksbeamten bekämpft hatten. Hunderte waren Mitglieder des Verbands geworden, ohne dass die Verwaltung darum wusste. Erst als die Bergleute freier auftraten, kein Hehl mehr aus ihrer Zugehörigkeit zur Organisation machten, setzte die Generaldirektion mit dem brutalen Gewaltmittel der Brotlosmachung ein. Durch Spione und Denunzianten brachte sie eine grosse Anzahl Leute in Erfahrung, die sich dem Verband angeschlossen hatten, und an diesen sollte nun ein warnendes Exempel statuiert werden. Von April bis Ende September wurden 73 Kameraden aufs

Strassenpflaster geworfen. Zuerst flogen auf dem *Freieslebenschacht* 16, dann auf dem *Paulschacht* 12, und vom 27. bis zum 29. September auf dem *Niewandschacht* 45 Mann hinaus, die sich nach Angabe der Direktion in und ausser dem Arbeitsverhältnis unliebsam gemacht haben sollten. Hiergegen legten die Gekündigten Verwahrung ein und liessen sich vom Obersteiger Priefler Führungszeugnisse ausstellen, in denen ihnen bestätigt wurde, dass allé Gekündigten, darunter einige, die 30 Jahre der Gewerkschaft treue Dienste geleistet, stets ihre Pflicht getan und sich immer gut geführt hätten. Vor den Direktoren sagte Herr Priefler: »Es sind meine besten Arbeiter, die ich habe kündigen müssen.« Aber die Direktoren, besonders der Generaldirektor Vogelsang, der kaum ein Jahr im Dienst der Gewerkschaft steht, waren gegen alles Zureden taub. Am 16. September warnte einer der Gekündigten den Direktor Weisleder, indem er ihm sagte: »Hören Sie auf mit den Kündigungen, denn sonst schaffen Sie hier eine Bewegung, für deren Folgen Sie die Verantwortung nicht übernehmen können. Wer Wind sät, erntet Sturm.« Herr Weisleder wies den Mann zum Bureau hinaus: er wolle seine »politischen Reden« nicht anhören.

Dieser brutale Gewaltakt, durch den mit einem Schlag die 50 besten Bergarbeiter brot- und heimatlos gemacht wurden, brachte auch die anderen auf die Beine, die sich mit Recht sagten, dass bei einer Verwaltung, die ohne Bedenken die wirtschaftliche Hinrichtung so vieler vollzieht, keiner mehr sicher davor wäre, dass das gleiche auch ihm wie jedem andern geschähe, der es wage von seinem gesetzlich garantierten Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen; sie konnten den Schlag nicht geduldig hinnehmen. Die Gekündigten beriefen auf den 29. September eine Belegschaftsversammlung nach Mollmeck ein, in der eine Deputation gewählt und zur Verwaltung geschickt wurde, um eine Zurücknahme der Kündigungen zu erwirken. Als sie hier abgewiesen wurde, begab sie sich sofort zu dem Bergrevierbeamten, dem Bergrat Schmielau, und bat ihn die Vermittlung zu übernehmen. Der Bergrat lehnte das jedoch mit folgenden Worten ab: »Das hat gar keinen Zweck, das kann ich schon im voraus sagen. Und wenn es zum Streik kommt, fragt es sich ja, wer am längsten aushalten kann: der Bochumer Verband oder die Mansfelder Gewerkschaft.« Am 30. September wurde die Deputation bei der Generaldirektion in Eisleben vorstellig und auch empfangen, ihre Wünsche aber wurden rundweg abgelehnt, und als daraufhin ein Mitglied der Deputation den Direktoren die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit eines Streiks in Aussicht stellte, entgegnete der juristische Beistand der Gesellschaft, Herr Landesrat Thewes, voll Verachtung: »Ein Streik in Mansfeld? Nicht denkbar. Dafür schützt uns das sichere und feste Bollwerk unserer 12 000 reichstreuen Mitglieder. Und solange wir noch so viele Reichstreue haben, verhandeln wir nur mit diesen.« Herr Vogelsang selbst nahm in einer Sitzung der Mansfelder Gewerke und in einer Kriegervereinsversammlung am 3. Oktober Gelegenheit sich über die Kündigungen und die Gärung im Revier zu äussern, wobei er den Scharfmacher ostentativ herauskehrte. In der Gewerksitzung äusserte er unter anderm:

Wenn die jetzt im Mansfeldschen vorhandenen Organisationsbestrebungen, eingeleitet durch Artikel in Zeitungen, weiter fortgesetzt durch Flugschriften, ferner durch öffentliche und geheime Sitzungen in Anwesenheit von Volksrednern, von seiten der Gewerkschaft schliesslich mit Kündigung, mit sofortiger Entlassung der Hauptagitatoren beantwortet worden seien, so habe er selbst die Überzeugung, dass dieses Verfahren die Zustimmung der Mehrheit fände. Auf den Einwand der Gekündigten,

dass sie nicht gewarnt worden wären, sei zu erwidern, dass die Direktion von jeher keinerlei Organisationsbestrebungen in ihrer Arbeiterschaft geduldet habe. Es seien schon früher Agitatoren aus der Belegschaft ausgestossen worden. Wenn davon geredet würde, dass er selbst gar nicht gegen Organisation sei, so beruhe das auf Unwahrheit. Er habe hier und auch in seinen früheren Stellungen ausgesprochen und gezeigt, dass er Organisationen nicht wünsche. Die Gewerkschaft wolle Herr in ihrem Hause sein, und was zu tun sei, geschehe schon von ihrer Seite. Durch die Organisation werde nichts erreicht als Unzufriedenheit. Die Organisation sei gesetzlich erlaubt, werde aber von der Gewerkschaft nicht gewünscht. Was die Organisation biete, sei Unterstützung Gemassregelter und Streikender. Streiks könnten nach seiner Überzeugung auch ohne Organisation gemacht werden. Ein besseres Los sich erkämpfen wolle jeder. In der hiesigen Agitation erblicke die Gewerkschaft nur Vorstöße der Sozialdemokratie, die auf jeden Fall zu bekämpfen seien. Er hoffe, dass die Mehrzahl der Mansfelder Belegschaft die Organisation verwerfe. Es würde mit allen Mitteln gegen diese vorgegangen werden. Er ermahnte jeden, der an der agitatorischen Tätigkeit beteiligt sei, hiervon abzulassen.

Das Recht sich zu organisieren gesteht also Herr Vogelsang den Arbeitern zu, nur duldet er organisierte Arbeiter nicht; denn für den Taler Lohn, den die Gewerkschaft für schwere und aufreibende Arbeit zahlt, verlangt er auch geistige Unterwerfung.

Am 3. Oktober, während Herr Vogelsang eine Kriegervereinsrede hielt, in der er es für seine Pflicht als Offizier erklärte »vor der Sozialdemokratie auch nicht einen Schritt zurückzuweichen«, beschloss die Belegschaft des *Niewandschachts* mit 500 gegen 7 Stimmen den Streik, dem sich am 6. die Belegschaften des *Eduard-* und des *Freieslebenschachts* und am 10. die des *Paul-*, des *Zirkel-* und des *Glückhilfschachts* anschlossen, so dass das ganze obere Revier um Hettstedt im Streik stand, und 3720 Mann die Arbeit ruhen liessen. Damit waren die Würfel gefallen, und im *reichstreuen* Mansfeld war ein Kampf entbrannt, den alle Welt und besonders die Mansfelder für unmöglich gehalten hatten. Die Arbeiterausschussmitglieder, die gleichfalls in den Streik eintraten, bildeten die Verhandlungskommission, die zur Schlichtung der Differenzen weitere Wege beschritt und zunächst das Bergamt Halle um Vermittlung anging. Eine solche lehnte Herr Vogelsang rundweg ab, da er mit niemandem verhandeln werde. Gleichzeitig fuhr eine Deputation zum Oberbürgermeister Dr. Dittrich nach Leipzig, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, der die Deputation auch empfing. Er versprach ihr zu tun, was in seiner Kraft stünde; jedoch könne er nicht in die Befugnisse der Direktion eingreifen. Er erklärte, er habe persönlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Bergleute sich organisierten, wies aber die Einwände, dass die Bergleute schlecht gestellt seien und bei 3 Mark Lohn hungern müssten, als unbegründet zurück. Des weitern wollte er mit der Generaldirektion Rücksprache halten und dann Antwort erteilen. Diese kam dann auch. Sie lautete:

»Herrn Häuer Halle, Hettstedt.

Unter Bezugnahme auf die Unterredung vom gestrigen Tage teile ich mit, dass die gewerkschaftliche Deputation nach eingehender Erwägung keine Veranlassung hat den Massnahmen der Oberberg- und Hüttdirektion entgegenzutreten.

Der Vorsitzende der Gewerkschaftsdeputation: Dr. Dittrich.

Auch hier zurückgewiesen, wandte sich die Streikleitung am 12. Oktober an die letzte Instanz, den preussischen Handelsminister, mit folgender telegraphischen Eingabe:

»An den preussischen Minister für Handel und Gewerbe, Exzellenz von Sydow, Berlin. Die Mansfelder Bergbaugewerkschaft hat 50 Bergleute gemassregelt, weil dieselben

sich organisiert, dem Bergarbeiterverbände angeschlossen haben, und ist dieserhalb im Bergrevier Mansfeld ein Streik ausgebrochen. Lohn- und sonstige Forderungen sind nicht gestellt.

Deputationen der abgelegten Bergarbeiter haben vor dem Streik die Werksverwaltung um Zurücknahme der Kündigung und Duldung der Organisation gebeten. Arbeiterausschuss und Oberbergamt haben während des Streiks verhandelt, aber nicht erreicht, dass die Kündigungen zurückgenommen wurden.

Die versammelten über 4000 Streikende beschlossen Eure Exzellenz um Vermittlung anzurufen und bitten einen Kommissar nach hierher zu entsenden.

Die Streikleitung. Im Auftrag: Karl Halle, Hettstedt.

Auf diese Depesche ging am 13. Oktober folgende Antwort ein:

Dem Wunsch eine Vermittlung zwischen den streikenden Bergleuten und der Mansfelder Gewerkschaft eintreten zu lassen, vermag ich zu meinem Bedauern nicht zu entsprechen, da ich mir davon bei den obwaltenden Meinungsverschiedenheiten einen Erfolg nicht versprechen kann.

Staatsminister von Sydow.

Meinungsverschiedenheiten nennt es der Minister, wenn Arbeiter um Ausübung eines seit 42 Jahren bestehenden Staatsbürgerrechts kämpfen, das ihnen ein Werksgewaltiger streitig macht, und er sieht sich ausser stande die Arbeiter zu schützen, bestehenden Gesetzen Geltung zu verschaffen.

Noch standen das untere Eislebener Revier und die Hütten dem Kampf fern. Es bestand auch die Absicht sie gar nicht hineinzuziehen, falls auf gütlichem Weg eine Verständigung möglich wurde. Erst als jede Aussicht geschwunden war, wurden die Schächte einzeln frei gegeben, und gerade die letzten Schächte, die unbestrittenen Hochburgen der *Reichstreuen*, fielen am besten. Nur eine kapitalistische Wehr hielt dem Ansturm stand: die sogenannten *katholischen Fachabteilungen*. Im nördlichen wie nachher im südlichen Revier blieben die Katholiken fast vollzählig an der Arbeit, in Gerbstedt bis auf den letzten Mann, sie bildeten das Häuflein Streikbrecher. Am 16. Oktober fiel der *Hohenthal-schacht* und ein Teil der *Kupferkammerhütte*, am 21. der *Hermann-*, am 22. der *Otto-* und *Chlothildenschacht*. Jetzt standen sämtliche Schächte und über 8000 Mann im Streik. Aber damit änderte sich auch die Situation. Die Behörde, hauptsächlich der Landrat des Gebirgskreises Mansfeld, Herr von Hassel, sah alles in hellem Aufruhr, befürchtete Zerstörungen der Werke, sah in der Phantasie schon die Schornsteine umfallen, die Hütten- und Schachtgebäude in die Luft fliegen, Streikbrecherblut auf den Strassen fließen. Am 21. Oktober liess der Landrat 4 Garnisonen, Magdeburg, Halle, Halberstadt und Bernburg, alarmieren, im ganzen 1200 Mann Infanterie, einige Eskadronen Kürassiere, ausserdem weit über 200 Gendarmen, die bereits im Streikgebiet waren, mobil machen. Von dem Militär trafen in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober ein Bataillon 66er von Magdeburg mit 2 Maschinengewehren in Hettstedt, mehrere Kompanieen 36er aus Halle in Eisleben ein, und sie besetzen noch in der selben Nacht das ganze Revier. In Hettstedt traf der Extrazug mit dem Militär um 10½ Uhr ein. Gleich am Bahnhof wurde scharf geladen, die Sturmriemen unters Kinn herunter, und dann ging es im Laufschrift nach der *Kupferkammerhütte*, wo die Seitengewehre aufgepflanzt und die beiden Maschinengewehre schussfertig so aufgestellt wurden, dass der Schlund des einen die Strasse nach Hettstedt, der so ändern die Strasse nach Mollmeck bestreichen konnte. Mit Maschinengewehren, aufgepflanzten Seitengewehren und scharfgeladenen Flinten sollten die ausständigen Knappen in die alte *reichstreue* Gesinnung zurückgetrieben werden, zu jedem Schichtwechsel zog das Militär mit scharfgeladenen Gewehren aus, obschon es während der 6 Wochen auch nicht ein einziges Mal wirklich

eingreifen konnte. Ein Lumpensammler, dessen Pferd eine Gewehrpyramide umgerannt, ein Dienstmädchen in Eisleben und eine Bergmannsfrau in Helbra, die nicht vom Schaufenster weichen wollte, sind verhaftet und mit aufgepflanztem Seitengewehr abgeführt worden. Das ist alles. Die Streikbrecher gingen unter zahlreicher militärischer Bedeckung — in Siersleben mussten 14 Soldaten 2 Streikbrecher regelmässig nach dem Schacht hinbringen und auch wieder abholen — nach und von der Arbeitsstätte, und während des Schichtwechsels wurden die Strassen vollständig abgesperrt. In Klostermansfeld wurden am ersten Morgen sogar Reisende, die zum Bahnhof wollten, vom Militär zurückgewiesen, sie durften den Zug nach Magdeburg nicht benutzen sondern mussten warten, bis die Herrn Streikbrecher angefahren waren. Das Militär beschlagnahmte auch die Flugblätter des Verbandes, Herr Leutnant Köcher in Leimbach verbot sogar das Austragen des Halleschen *Volksblatts*, weil eine sozialdemokratische Zeitung ohne Erlaubnisschein vom Bürgermeister nicht ausgetragen werden dürfe. Und nachdem am 29. Oktober der Bürgermeister Ziegler von Leimbach über 2 Wirtschaften, in denen die Streikversammlungen stattfanden, die Schanksperre auf 8 Uhr abends verhängt hatte, räumte am 30. das Militär ein Lokal. Aber trotz des gewaltigen Aufgebots, trotz Verkürzung der Polizeistunde, trotz des Eingreifens der Geistlichkeit und allen Drohungen zum Trotz hielten die Streikenden fest zur Sache, kaum ein halbes Dutzend ist fahnenflüchtig geworden. Die Empörung über die Behandlung durch Staat und Behörden war gross, und wohl nie werden diese Arbeiter vergessen, dass man ihnen Maschinengewehre und Kürassiere sandte, als sie zum erstenmal Menschenrechte zu fordern wagten.

Am 27. Oktober richteten die Arbeiterausschüsse nochmals eine Eingabe an die Generaldirektion, in der sie um Verhandlung zwecks Beilegung des Streiks baten. Es erfolgte diese Antwort des Herrn Vogelsang:

»Auf die Anfrage vom heutigen Tag erwidere Ihnen, dass ich Ihrem Wunsche zu meinem Bedauern nicht zu entsprechen vermag, da sämtliche Unterzeichnete des Schreibens aus der Belegschaft und damit aus ihrem Amt als Arbeiterausschussmitglieder ausgeschieden sind. Ich kann daher nur empfehlen, dass die Kameraden von Ihnen, welche ihre Abkehr genommen haben und in ihr früheres Arbeitsverhältnis zurückzukehren wünschen, sich an die Herren Betriebsführer wenden.«

Darauf wurden am 28. Oktober auf Beschluss der Streikleitung auf jedem Schacht 3 Mann vorstellig, die anfragten, ob und unter welchen Bedingungen sie und ihre Kameraden wieder anfahren könnten. Die Antworten lauteten fast übereinstimmend, dass die Verbandskarten zerrissen werden müssten, und eine Auslese gehalten werden würde, worauf dann beschlossen wurde im Kampf auszuharren. Vom 5. November ab organisierte die Streikleitung die Abwanderung derjenigen jungen Leute, die sich freiwillig meldeten, um dadurch einen Druck auf die Verwaltung auszuüben, weil gerade die Jungen im Mansfelder Bergbau unentbehrlich sind. 1354 Burschen meldeten sich zur Abwanderung, von denen bis zum 9. November 300 abgeschickt wurden. Aber diese Waffe wurde der Streikleitung durch das Eingreifen des Arbeitgeberverbands aus der Hand geschlagen, noch ehe sie geführt werden konnte. Sobald die Absicht der Abwanderung bekannt wurde, traten die Unternehmer zusammen, um überall zu verhindern, dass Mansfelder Bergleute in Arbeit genommen wurden, und sie fanden dabei sogar die Unterstützung der städtischen Arbeitsnachweise. Für 14- bis 1700 Mann hatte die Streikleitung Arbeitsgelegenheit vereinbart, die nun

mit einem Schlag beseitigt wurde. Nach Gross Lichterfelde bei Berlin waren 30 Mann verlangt worden, 14 wurden hingeschickt, aber nicht angenommen; nach Hamburg 40 verlangt, 30 hingeschickt und nicht angenommen; nach Kassel 100 verlangt, 60 hingeschickt, nicht angenommen. In Magdeburg wurde auf dem städtischen Arbeitsnachweis einem Arbeitsuchenden gesagt, als Mansfelder Bergmann brauche er sich keine Mühe zu geben, er würde nirgends Arbeit erhalten; und in Goslar, wo ein Schiessstand gebaut wurde, und 13 Mann Arbeit gefunden hatten und dort sehr zufrieden waren, erhielten diese am 11. November plötzlich ihre Papiere, sie mussten sofort aufhören, obschon ihnen für den ganzen Winter Arbeit zugesagt worden war. So sassen die Abgewanderten in Berlin, Hamburg, Kassel usw. in den Gewerkschaftshäusern auf Kosten der Organisation und bildeten eine enorme Belastung der Streikkasse.

Herr Vogelsang fand also im Kampf gegen seine Arbeiter die Unterstützung der Staats- und Kommunalgewalten und des gesamten Unternehmertums, während der Bergarbeiterverband dieser Übermacht gegenüber allein auf weiter Flur kämpfen und darum unterliegen musste. Nachdem alle Mittel erschöpft, keine Aussicht vorhanden war, dass Herr Vogelsang in den nächsten 6 Wochen nachgeben würde, beschlossen die Streikleitung und die Vertrauensmänner am 11. November in Klostermansfeld mit 79 gegen 2 Stimmen den Abbruch des Kampfs, und von 14 Belegschaftsversammlungen stimmten 13 diesem Beschluss zu. Ein Weiterkämpfen wurde als ein nutzloses Verbluten erkannt: Deshalb lieber Waffenstillstand und geschlossener Rückzug, der auch glatt und einheitlich erfolgte.

Beim Abbruch des Streiks legte der oben erwähnte Landrat von Hassel noch eine Probe seiner *Unparteilichkeit* ab. Mit dem Amtmann Spielberg aus Helbra begab er sich nach dem *Zirkelschacht* auf das Bureau des Betriebsführers Schimpf und forderte die Bergleute auf durch Handschlag ihren Austritt aus dem Verband zu erklären. Er erinnerte diejenigen, die Soldaten waren, an den Fahneneid, an die dem Kaiser geschworene Treue, den sie jetzt absetzen wollten (!). Die Bergleute gaben dem Landrat den Handschlag, gingen aber sofort in das Streikbureau zurück und erklärten von neuem ihren Beitritt zur Organisation, trotz Landrat, Amtmann und Gendarmen. So wird direkt die Heuchelei gezüchtet: Die Verantwortung tragen die, die die ökonomische Überlegenheit und die Staatsgewalt ausnutzen, um Staatsbürgerrechte aufzuheben. Herr Vogelsang hat in dem Mansfelder Kampf im Herbst 1909 materiell gesiegt. Aber das moralische Ergebnis ist ein anderes. Diese 6 Wochen lassen sich nicht mehr auslöschen, und die Arbeiterschaft der alten Grafschaft Mansfeld wird nicht wieder in die alte Gesinnungsknechtschaft zurückgeschleudert. Das verhindert die Erinnerung an die Soldaten, die gegen die Bergleute aufmarschieren mussten.

XX

PAUL MÜLLER · DIE NATIONALEN ORGANISATIONEN DER SCHIFFAHRTSUNTERNEHMER



FÜR den aufmerksamen Beobachter unseres Wirtschaftslebens bestehen keine Zweifel darüber, dass die Konzentration des Kapitals in grossen kapitalkräftigen Aktiengesellschaften, dass die Fusionierung vieler Mittel- und Kleinbetriebe zu riesenhaften, alles anziehenden und aufsaugenden Grossbetrieben in kaum einem Zweig unserer modernen Handels- und Verkehrsunternehmungen sich so deutlich, so rapid und unaufhalt-